

SPD

BONN ● ERICH-OLLENHAUER-HAUS ● OLLENHAUERSTRASSE 1 ● TEL. 50 22 99 ● FS: 088 6306

29.9.1972 413/72
JS/GB

Mitteilung für die Presse

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bundeskanzler Willy BRANDT, hält am Samstag, dem 30. September 1972, in Interlaken auf der Parteitag der SPS folgende Rede:

(Sperrfrist: 30. September 1972, 14.00 Uhr)

Der Einladung, zum Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz nach Interlaken zu kommen, bin ich gern gefolgt. Als ich die Einladung Anfang des Jahres annahm, wußte ich freilich nicht, daß die Auflösung des Bundestages hinter mir und die Neuwahl unmittelbar vor mir liegen würden. Aber ich bin froh, daß ich die Zusage nicht habe rückgängig machen müssen.

Nun möchte ich Ihnen zunächst die herzlichen Grüße der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands überbringen, die sich ihren schweizerischen Freunden verbunden weiß. Und, lassen Sie mich dies gleich hinzufügen: Wir in der SPD würden es begrüßen, wenn die freundschaftlichen Kontakte mit der schweizerischen Sozialdemokratie intensiviert werden könnten. Darüber sollten unsere beiden Vorstände ein Gespräch aufnehmen.

Als deutscher Bundeskanzler möchte ich meiner Freude und Genugtuung Ausdruck geben, daß sich die Beziehungen unserer beiden Länder so gut entwickelt haben. Dies ist gerade in den letzten Tagen durch den offiziellen Besuch, den Bundespräsident Heinemann der Schweiz gemacht hat, unterstrichen worden. Wir brauchen uns erfreulicherweise nicht mehr mit kontroversen Themen herumschlagen. Zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland bestehen - wie wir alle wissen - zahlreiche wirtschaftliche, politische, kulturelle, vor allem auch menschliche Verbindungen. Diese sollten wir pflegen und, wo es möglich ist, weiter ausbauen. In diesen Zusammenhang möchte ich auch die Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien eingeordnet sehen.

Das Thema, über das ich heute zu Ihnen sprechen möchte, lautet: "Für eine europäische Friedens- und Sicherheitspolitik".

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich während meiner Regierungszeit - was auch in der Schweiz überwiegend positiv gewürdigt wird - in den hiermit zusammenhängenden Fragen stark engagiert. Wir haben die Frage nach unserem eigenen Beitrag gestellt und sie beantwortet, so gut wir es konnten. Aber niemand soll uns bitte für so töricht halten, daß wir meinten, eine neue Art von "Alleinvertretungsanspruch" geltend machen zu sollen. Nein, was wir selbst in die Wege geleitet haben, konnte nur im Zusammenwirken mit

anderen und gestützt auf das Vertrauen anderer geschehen. Lassen Sie mich, damit ich richtig verstanden werde, gleich hinzufügen:

Der Friede und die Sicherheit in Europa - das geht uns alle an. Wir alle - gleichgültig, ob unsere Staaten einem Bündnis oder einem regionalen Zusammenschluß angehören oder ob sie ungebunden sind - müssen für die Verwirklichung dieses Zieles unseren jeweiligen spezifischen Beitrag leisten.

Ich meine: Die Schweiz ist ein Beispiel dafür, wie erfolgreich gerade ein neutrales Land für Frieden, Völkerverständigung und Menschlichkeit im internationalen Zusammenleben wirken kann. Die Neutralität, der sich die Schweiz kraft Tradition, Überzeugung und aus einem wohlverstandenen nationalen Interesse verpflichtet hat, ist ja keine Abseitsstellung, sondern vielmehr Ausgangspunkt für eine Politik der guten Nachbarschaft, der Solidarität und der Völkerverständigung. Dies begründet - nicht weniger als der schweizerische Respekt für Recht, Freiheit und Demokratie - das Ansehen und den Einfluß Ihres Landes in der Welt.

Die gegenwärtige Lage auf unserem Kontinent ist nun dadurch gekennzeichnet, daß einmal Westeuropa - und das ist mehr als nur die Europäische Gemeinschaft - stärker zusammenwächst, und daß zum anderen ein Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West in Gang gekommen ist, in dem neben den beiden Weltmächten die europäischen Völker eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Beide Entwicklungen sind, obwohl qualitativ verschieden, im Hinblick auf einen gesicherten Frieden in Europa und darüber hinaus von großer Bedeutung.

Die Nachrichten aus anderen Teilen der Welt sind weiterhin alles andere als beruhigend:

Der fürchterliche Krieg in Indochina ist noch immer nicht beendet, wenn es auch Anzeichen dafür gibt, daß er sich doch seinem Ende nähern könnte.

Der Konflikt im Nahen Osten schien zeitweilig durch ernsthafte Friedensbemühungen abgelöst werden zu können. Doch dann hat es neue Verhärtungen gegeben, und einiges davon ist ja auch sichtbar geworden, als die Olympischen Spiele in München so grausam unterbrochen wurden.

Die jüngsten Auseinandersetzungen in Teilen Afrikas haben neue blutige Konflikte zwischen verschiedenen Volksgruppen sichtbar gemacht.

Und niemand gebe sich Illusionen hin: Der große Abstand in der Entwicklung der hochindustrialisierten Staaten und den Ländern der Dritten Welt enthält den Keim für weitere Spannungen.

Dies sollten wir immer vor Augen haben, wenn wir über Europa sprechen. Denn wir mögen uns drehen und wenden, wie wir wollen: An einem höheren Maß weltpolitischer Mitverantwortung werden wir nicht vorbeikommen. Und zumal das, was sich gewissermaßen vor der europäischen Haustür vollzieht, kann uns ja auch alles andere als gleichgültig lassen.

Die Prozesse der sich verdichtenden Zusammenarbeit in Westeuropa und des Ausgleichs mit Osteuropa sind nicht frei von Widersprüchen. Den objektiven Notwendigkeiten einer umfassenderen Kooperation in Westeuropa steht noch beträchtlicher subjektiver Widerstand gegen eine Veränderung überholter Strukturen gegenüber. Im Ost-West-Verhältnis gibt es erklärlicher Weise immer wieder Rückschläge, untersten Ansätzen zu einer Rüstungsbegrenzung stehen andersgeartete Entwicklungen gegenüber.

Und dennoch meine ich: In Europa überwiegen gegenwärtig die positiven Faktoren. Zur Resignation besteht deshalb kein Anlaß, und wir sollten uns trotz der vergangenen und noch auf uns zukommenden Rückschläge in unseren Bemühungen um Frieden und Sicherheit, um Stabilität und Fortschritt in der internationalen Zusammenarbeit nicht entmutigen lassen. Was in der westeuropäischen Zusammenarbeit und zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses in den letzten Jahren möglich war, können wir als eine im großen und ganzen erfreuliche Bilanz betrachten.

In Westeuropa hat es beachtenswerte Fortschritte gegeben. Im Bereich der Europäischen Gemeinschaft stehen wir vor einer Gipfelkonferenz. Dort - in Paris am 19. Oktober - wird die Erweiterung der Gemeinschaft besiegelt werden können. Dort wird auch der Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion - mit der vorgezogenen Schaffung eines Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit - bestätigt werden können. Es wird - wie ich annehme - andere, wenn auch begrenzte Fortschritte geben.

Ich messe der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft historische Bedeutung zu. Denn über das Ökonomische hinaus wird sie - wenngleich langsamer als es viele für wünschenswert halten - auch den politischen Zusammenschluß fördern und Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir unserer weltweiten Verantwortung besser entsprechen können.

In den letzten Tagen hat es einen aus meiner Sicht bedauerlichen Rückschlag gegeben. Eine Mehrheit des norwegischen Volkes hat sich in einer Volksabstimmung gegen den von der sozialdemokratischen Regierung vorgeschlagenen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen, und die Regierung wird daraufhin zurücktreten, wie sie es für diesen Fall angekündigt hatte. Ich meine, hier hilft überhaupt kein Lamentieren. Wir haben die Entscheidung eines freien Volkes zu akzeptieren, denn jedes freie Volk muß oder müßte selbst wissen, was seinen Interessen am besten entspricht. Selbstverständlich muß nun, wenn die norwegische Regierung es will, über ein Arrangement verhandelt werden, wie es für die anderen bisherigen EFTA-Länder, soweit sie nicht Mitglied werden, auch gefunden worden ist.

Als einen Meilenstein zu einem größeren Europa der friedlichen Kooperation, für das sich besonders auch die sozialdemokratischen Parteien stets eingesetzt haben, betrachte ich die am 22. Juli 1972 abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit den nicht beitretenden EFTA-Staaten, denen auch die Schweiz als Partner angehört. Die Abkommen haben zwar nicht den politischen Gehalt der Beitrittsverträge, in ihrer materiellen Bedeutung stehen sie diesen jedoch kaum nach. Sie bannen die Gefahr einer erneuten wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas und stellen die Weichen für eine gemeinsame Zukunft, die nicht auf Rivalität, sondern auf Austausch und friedlichen Wettbewerb gegründet ist.

Das Bedürfnis nach Verständigung läßt sich bis zu einem gewissen Grad auch ablesen an den sich verändernden Beziehungen zwischen West und Ost. Es kommt in dem auf beiden Seiten vorhandenen Willen zum Ausdruck, über die bestehenden Gegensätze hinweg Spannungen abzubauen, friedenssichernde Vorkehrungen zu treffen und zu einem modus vivendi zu gelangen, der auch in verschiedenen Bereichen zur Kooperation führen kann.

Wenn ich hier die im Mai dieses Jahres zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erzielte Übereinkunft über die Begrenzung der strategischen Rüstungen an erster Stelle nenne, so tue ich das nicht, um die Entspannungsbeiträge anderer Staaten zu relativieren, sondern um hervorzuheben, wie sehr sich solche Maßnahmen der beiden Weltmächte, von denen für den Weltfrieden so viel abhängt, in Übereinstimmung mit unseren eigenen Sicherheitsinteressen befinden. Im übrigen ist es kein Geheimnis, daß die

erste Runde von SALT, der Verhandlungen über die Begrenzungen strategischer Zerstörungsmittel - die demnächst in Genf fortgesetzt werden sollen - nicht so ausgegangen wäre, wenn nicht vorher in Europa für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen bedeutsame Entscheidungen gefallen wären.

Ich hoffe, Sie werden mich nicht für egoistisch oder gar nationalistisch halten, wenn ich in diesem Zusammenhang vor allem die Bemühungen erwähne, die die Bundesrepublik Deutschland unternommen hat, um ihr Verhältnis zu den östlichen Nachbarn zu normalisieren, und zwar auf der Grundlage des Gewaltverzichts, der Achtung der territorialen Integrität und der bestehenden Grenzen sowie der Nichteinmischung und Nichtdiskriminierung. Die ersten Etappen auf diesem Wege waren die Verträge mit der Sowjetunion und Polen, deren Bedeutung ja darin liegt, daß sie nicht nur einen Strich unter eine unheilvolle Vergangenheit setzen, sondern der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen insgesamt zugute kommen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß dies außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zumeist richtig verstanden worden ist.

Wenn ich hier von den spezifisch deutschen Entspannungsbeiträgen spreche, so muß ich vor allem auf die Berlin-Regelung hinweisen. Ohne die Bereitschaft der Vier Mächte - und in diesem Rahmen der beiden führenden Bündnismächte: USA und Sowjetunion -, die Lage in Berlin zu entschärfen, wären gewiß keine Fortschritte zu erzielen gewesen. Aber es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß das Berlin-Abkommen nicht hätte abgeschlossen werden können, wenn nicht die Bundesrepublik Deutschland durch ihre realistische Politik gegenüber ihren östlichen Nachbarn einschließlich der DDR hierfür den Weg geebnet hätte.

An dieser Stelle möchte ich eine relevante Erinnerung einblenden: Im Herbst 1961 gab es eine Tagung der Sozialistischen Internationale in Rom. Seit dem tiefen Einschnitt, den die Mauer in Berlin bedeutete, waren erst ein paar Monate vergangen. Aus meiner damaligen Berliner Verantwortung sprach ich über den Schock, den dies für uns alle bedeutet hatte und wohl auch über die Desillusionierung, die dem Vorgang innewohnte. Damals war es Walther Bringolf, der uns in der Diskussion sagte: "Ihr müßt jetzt vor allem dafür sorgen, daß West-Berlin fest mit der Bundesrepublik verbunden bleibt."

Das wurde erreicht. Aber ebenso wie die Verträge mit der Sowjetunion und Polen muß natürlich auch das Berlin-Abkommen im größeren europäischen und weltpolitischen Zusammenhang gesehen werden. Das Abkommen und seine deutschen Zusatzvereinbarungen eröffnen nicht nur West-Berlin in Wahrung und Fortentwicklung seiner Zusammengehörigkeit mit der Bundesrepublik die Perspektive einer gedeihlichen und sicheren Zukunft. Sie haben auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß im Rahmen von multilateralen Ost-West-Begegnungen über Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa sowie über einen beiderseitigen, ausgewogenen Abbau der Truppen und Rüstungen gesprochen werden kann.

Im übrigen ist gerade die Berlin-Regelung ein Beispiel dafür, wie eng und vertrauensvoll die Bundesrepublik Deutschland und ihre westlichen Partner in dem Bemühen um einen stabileren Frieden in Europa zusammenarbeiten. Das, was im Ausland mit einer überspitzenden Vereinfachung, gelegentlich auch mit gewissen Vorbehalten "deutsche Ostpolitik" genannt wird, wird von unseren Partnern voll unterstützt und hat - lassen Sie mich dies hier nachdrücklich unterstreichen - jetzt und für die vorausschaubare Zukunft nur in der Einbettung in der westeuropäischen und nordatlantischen Zusammenarbeit Halt und Bestand.

Ich möchte nun drei Aufgaben hervorheben, die uns in besonderem Maße zu beschäftigen haben werden:

Erstens kommt es meines Erachtens darauf an, die westliche und in diesem Rahmen die westeuropäische und innergemeinschaftliche Solidarität in möglichst vielen Bereichen zu fördern und dafür zu sorgen, daß jedes Land nach Maßgabe seiner Möglichkeiten und Interessen dazu seinen Beitrag leisten kann. Dies bedeutet aber auch, daß wir, solange es keine übergreifende Friedensordnung in Europa gibt, die allen Beteiligten ein hinreichendes Maß an Sicherheit gewährt, unsere Fähigkeit zur Selbstverteidigung - sei es innerhalb oder außerhalb des Nordatlantischen Bündnisses - in dem erforderlichen Umfang aufrechtzuerhalten. Mir ist klar, daß manche dies als rückständig oder jedenfalls als nicht besonders erhebend empfinden. Daran kann ich nichts ändern. Durch Instabilität oder einseitigen Verzicht auf Verteidigungsbereitschaft - und damit Ausbalancieren der Potentiale - wird der Sicherung des Friedens nicht gedient.

Zweitens kommt es darauf an, parallel dazu unsere ^{ebenso}ernsthaften wie illusionslosen Bemühungen um den Abbau der politischen Spannungen und die Verminderung der militärischen Konfrontation weiter voranzutreiben und neue Möglichkeiten des Austausches und auch der Zusammenarbeit zu erschließen - mit dem Ziel, die bestehende Teilung unseres Kontinents, wenn nicht zu überwinden, so doch für die Menschen in Ost und West erträglicher zu machen. Hier sind wir also bei der Thematik der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Drittens kommt es darauf an, daß wir - und das gilt für alle Industrienationen - nicht nachlassen, uns der Verantwortung bewußt zu werden, die uns gegenüber den Mangel und Not leidenden Ländern der Dritten Welt auferlegt ist und die es uns gebietet, zur Verbesserung der Existenzbedingungen der dort lebenden Völker und damit zum Frieden, zur Stabilität und zum Fortschritt in der Welt beizutragen. Dies ist keine sentimentale Angelegenheit, dies ist eine Frage der Vernunft und des wohlverstandenen Eigeninteresses. Es ist allerdings - dies sage ich ebenso offen - auch nicht ein Gebiet, auf dem wir uns überflüssigerweise auf die Anklagebank setzen zu lassen brauchen. Wir brauchen es umso weniger, je mehr wir gesundes Eigeninteresse mit weltweiter Verantwortung auf einen Nenner zu bringen verstehen.

Was die - zumal wirtschafts- und währungspolitische - Zusammenarbeit im Westen anlag, so sollten wir unsere Anstrengungen darauf richten, daß dafür eine möglichst breite Basis gefunden wird. Ich meine, die vergangenen Auseinandersetzungen über die fällige Neuordnung des Weltwährungssystems - auch die Washingtoner Beratungen der letzten Tage - haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, gerade dem Verhältnis zwischen Westeuropa und Nordamerika einen über die sicherheitspolitischen Erwägungen und Erfordernisse hinausreichenden positiven Inhalt zu geben. Dem steht im übrigen nicht entgegen, daß Amerika und Westeuropa im Verfolg ihrer spezifischen Interessen gelegentlich auch verschiedene Wege gehen. Darüber muß man dann aber auch offen miteinander sprechen.

Was ich über das Verhältnis Amerika - Westeuropa gesagt habe, gilt - unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Ausgangslage - verstärkt für die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den nicht-beitretenden Ländern Westeuropas. Ich habe stets die Auffassung vertreten, daß die Ländern, die sich - wie die Schweiz - der Gemeinschaft, aus welchen Gründen auch immer, nicht anschließen können, ein Recht darauf haben, auf ihre Weise und gemäß ihren Möglichkeiten an der Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Zukunft mitzuwirken.

Im übrigen bin ich ziemlich sicher, daß die nationalen Komponenten im Prozeß des europäischen Zusammenschlusses ihre Geltung durchaus nicht verlieren werden. Vor gut zwei Wochen habe ich in Oslo gesagt: "Die Chance

Europas liegt natürlich nicht in der Uniformität, sondern sie liegt in der Vielfalt der nationalen Eigenwerte. Die gebündelte nationale Vielfalt - dies ist die Art von Union, als die die Europäische Gemeinschaft zu verstehen ist."

Im übrigen bleibe ich der Überzeugung, daß wir gut beraten sind, wenn wir im Bereich der Gemeinschaft - und, wo möglich, über sie hinaus - den eingeschlagenen Weg der Überwindung unzeitgemäßer nationaler Barrieren beharrlich fortsetzen. So gewiß es ist, daß die europäische Einigung nicht auf dem Reißbrett der Verfassungsrechtler zustandekommen wird, so gewiß ist es auch, daß die auf uns zukommenden Aufgaben nicht mit den Mitteln überkommener nationalstaatlicher Interessenpolitik gelöst werden können.

Niemand vermag heute schon zu sagen, wie stark die föderativen und die konföderativen Züge der sich entwickelnden Union sein werden. Aber zweierlei scheint mir sicher zu sein: Die Einigung Westeuropas kann sich nicht auf die Wirtschaft beschränken. Und sie darf im Wirtschaftlichen - wie ich schon mehrfach hervorgehoben habe - nicht allein und auch nicht überwiegend eine Sache von Big Business, eine Angelegenheit der großen, zunehmend auch multinationalen Firmen sein.

Die Bundesrepublik Deutschland wird sich, jedenfalls unter sozialdemokratischer Führung, dafür einsetzen, daß - neben der notwendigen und ausbaufähigen wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit sowie der Verbesserung der Effizienz der Institutionen - der gesellschaftspolitische Fortschritt im weitestens Sinne klarer ins Auge gefaßt wird. Des heißt konkret, daß neue Sachbereiche in die gemeinschaftliche Tätigkeit einbezogen werden müssen, und zwar nicht nur die Angleichung der gewissermaßen klassischen Sozialpolitik, sondern auch die regionale Strukturpolitik, die Bildungspolitik, der Umweltschutz. Dies wird in Paris im nächsten Monat wohl noch kein zentrales Thema sein, aber ich werde nicht versäumen, es in gehöriger Form anzumelden.

Die westliche und in diesem Rahmen die westeuropäische und innergemeinschaftliche Zusammenarbeit kann aus sich selbst begründet werden, Sie dient aber auch der Organisierung des Friedens in Europa. Das wird nicht nur bei uns im Westen so verstanden, sondern auch zunehmend von osteuropäischen Ländern, die sich von der gemeinsamen Entspannungspolitik des Westens ein Mehr an gesamteuropäischer Sicherheit, ein Mehr an gesamteuropäischem Austausch und an gesamteuropäischer Kooperation sowie - auf etwas längere Sicht - ein Weniger an Rüstungslasten erhoffen.

Mit all diesen Fragen wird sich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit befassen müssen, mit deren multilateraler Vorbereitung, nachdem die Voraussetzung dafür durch das Inkrafttreten des Berlin-Abkommens geschaffen wurde, ab Ende November dieses Jahres in Helsinki gerechnet werden kann. Die Konferenz selbst wird dann vermutlich noch vor dem Sommer 1973 eröffnet werden können.

Mir liegt daran, gerade vor diesem Parteitag hier in der Schweiz zu betonen, daß es sich bei dieser Konferenz nicht um eine Veranstaltung der beiden Bündnisse handeln kann. So notwendig es ist, daß die Vereinigten Staaten und Kanada als Mitglieder des westlichen Bündnisses daran teilnehmen, so notwendig ist es auch, daß die blockfreien bzw. die neutralen Länder ihre Vorstellungen und Interessen dabei voll zur Geltung bringen können. Ich gehe davon aus, daß gerade Ihr Land aufgrund seiner internationalen Erfahrungen den Meinungs-austausch durch eigene Vorschläge und Initiativen bereichern wird.

Wir sind uns wohl alle einig darin, daß eine gesamteuropäische Konferenz ihren Zweck verfehlt hätte, wenn sie nur dazu dienen sollte, die Lage, wie sie sich nach dem Krieg entwickelt hat, festzuschreiben. Wir müssen uns vielmehr im Zusammenhang mit der Konferenz dafür einsetzen, daß Prinzipien festgelegt und konkrete Maßnahmen getroffen werden, die es den Völkern in Ost und West erlauben, Barrieren abzubauen und von der Konfrontation zur Kooperation zu kommen.

Dies heißt erstens, daß die Staaten die Verpflichtung aussprechen, ihre Beziehungen zueinander auf der Grundlage des Gewaltverzichts, der territorialen Integrität, der politischen Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung zu gestalten und auftretende Schwierigkeiten friedlich zu regeln

Dies heißt zweitens, daß die Staaten eine möglichst ausgedehnte sachliche internationale Zusammenarbeit vereinbaren. Hierbei wäre zu denken an eine Fülle praktischer Maßnahmen, und zwar über die Ausweitung des Handels hinaus. Ich denke an die industrielle Koproduktion, an gesamteuropäische Infrastruktur-Maßnahmen und nicht zuletzt an multinationale Regelungen zum Schutze der Umwelt.

Dies heißt drittens, daß zusätzlich zur wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit über Schritte beraten wird, wie der Austausch von Ideen und kulturellen Werten sowie die Kommunikation zwischen Menschen, Gruppen und Vereinigungen gefördert werden können.

Es versteht sich im Grunde von selbst, daß auf einer Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auch über die militärische Sicherheit gesprochen werden muß, wenngleich die Erörterung des Themas der beiderseitigen, ausgewogenen Truppenverminderungen wegen seiner Kompliziertheit einen besonderen, auch zahlenmäßig engeren Rahmen erfordern wird. Das darf die Teilnehmer jedoch nicht daran hindern, auf der Konferenz selbst über solche Grundsätze und Verhaltensweisen zu diskutieren, die im Hinblick auf den militärischen Aspekt der Sicherheit in Europa von Bedeutung sind. Hierbei können und sollten auch gerade die Nichtgebundenen und Neutralen ihre Vorstellungen entwickeln. Nach dem Stand der Erörterungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist zu vermuten, daß die Gespräche über einen beiderseitigen Truppenabbau zu Beginn des nächsten Jahres beginnen werden. Und ich würde mich nicht wundern, wenn wir dann eine auch zeitliche Interdependenz zwischen dem zu verzeichnen haben würden, was die Abkürzungs- Wütlinge KSZE und MBFR nennen.

Die Entspannungspolitik - wie ich sie sehe - ist der geduldige Versuch, die Beziehungen zwischen Staaten gegensätzlicher politischer Ordnung zu verbessern.

Wir jagen dabei keinen Illusionen nach. Gerade wir Sozialdemokraten wissen, daß zwischenstaatliche Verträge und multilaterale Abkommen mit kommunistischen Ländern die prinzipiell-politischen Gräben nicht einebnen. Das haben wir uns auch nicht vorgenommen. Was ich gleichwohl nicht ausschließen möchte, ist, daß die Gegensätze zivilisierter, also sachlicher ausgetragen werden können.

Ich meine - und dafür gibt es objektive Anzeichen -, daß die Politik einer aktiven Friedenssicherung in Europa trotz der ideologischen und machtpolitischen Gegensätze eine reale Chance hat. Die Verantwortlichen in Ost und West gehen heute stärker als zuvor von der Erkenntnis aus, daß eine zerstörerische Konfrontation niemandem nützt und daß es vernünftiger ist, in Zukunft Geld statt für Rüstungen zunehmend für die Verbesserung der Lebensbedingungen auszugeben. Es ist auch ermutigend, daß heute im Ost-West-Verhältnis schon etwas mehr von Interessen als von Ideologie gesprochen wird und daß Monologe in einem gewissen Maß vom Dialog abgelöst werden.

Was die Bundesrepublik Deutschland anlangt, so habe ich bereits darauf hingewiesen, daß unsere Politik aus den Gegebenheiten und Erfahrungen heraus westeuropäisch und atlantisch verankert ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir aus Gründen, die in der Geschichte, der Geographie und nicht zuletzt in der Teilung unseres Volkes liegen, der Aufgabe, zu einem gesicherten Frieden in Europa beizutragen, besonders verpflichtet sind.

Frieden in Europa - das bedeutet für mich vor allen Dingen auch Frieden in Deutschland und zwischen den beiden deutschen Staaten. Nicht, daß ich die Teilung Deutschlands für gerecht hielte. Nicht, daß ich auf eine bessere Zukunft für mein Volk in seiner Gesamtheit verzichten möchte. Aber ich bin entschlossen, meine Freunde sind mit mir entschlossen, unser Teil dafür zu tun, daß die Spannungen in Deutschland abgebaut werden und daß die beiden deutschen Staaten ein Verhältnis herstellen, das den Deutschen in Ost und West zugute kommt und es ihnen erlaubt, sich in Europa und darüber hinaus an dem Bemühungen um Sicherheit, Stabilität und Fortschritt aktiv zu beteiligen. Mein Eindruck ist, daß die Verhandlungen über einen "Grundvertrag" zwischen den beiden "Deutschländern" noch auf einige Klippen stoßen, daß sie aber doch zum Erfolg führen werden.

Ich glaube, wir können mit einer gewissen Genugtuung feststellen, daß sozialdemokratische Politik einiges dazu beigetragen hat, das, was heute fast selbstverständlich Friedenspolitik genannt wird, zu konzipieren, artikulieren und praktizieren. Und wir werden einander gut verstehen, wenn ich hinzufüge: Der gemeinsame Dienst am Frieden, an der Völkerverständigung und an der internationalen Solidarität hat bei unseren Parteien eine feste und gute Tradition. Dabei soll es auch bleiben, denn keine Enttäuschung darf das Ziel oder den Kompaß verrücken.

Gerade auf diesem Hintergrund möchte ich zum Schluß noch einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien machen. Und zwar freimütige Bemerkungen - auf die Gefahr hin, daß sie mir hier und da Kritik einbringen.

Viele Mitglieder unserer Parteien - und zahlreiche Freunde darüber hinaus - wissen nicht nur, daß wir der Sozialistischen Internationale angehören, sondern knüpfen an diesen internationalen Zusammenschluß Hoffnungen, die weithin enttäuscht werden. Müssen wir sie in diesem Maße enttäuschen? Das ist die Frage, die ich hier etwas provozierend in den Raum stelle.

Was ist die Realität der Sozialistischen Internationale? Es ist die Realität einer großen, wenn auch nicht ungetrübten Tradition. Die Realität von Grundüberzeugungen und eines in allem Wesentlichen tragenden Programms. Weiter die Realität von Parteien, die in Westeuropa einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung ihrer Staaten ausüben. Und die Realität, daß es auch in anderen Teilen der Welt sozialdemokratische Parteien gibt, die uns lieb und teuer sind, daß es dort - in den anderen Teilen der Welt - aber auch starke Parteien und Bewegungen gibt, die der Sozialdemokratie im europäischen Sinne nicht zuzurechnen, aber mit ihr verwandt sind.

Aus diesem Hinweis möchte ich etwas ableiten, was sich teils auf die Struktur und teils auf die Arbeitsweise unserer Internationale bezieht. Zunächst, was die Struktur betrifft:

Der Wunsch nach weltweitem Zusammenschluß darf uns nicht daran hindern, das - und vor allem auch das - zu tun, was uns unmittelbar angeht, was wir leicht überschauen und weithin auch beeinflussen können. Das heißt, wir sollten der Zusammenfassung der europäischen Sozialdemokratie zu verstärkter Konsistenz und verbesserter Qualität verhelfen. Und wenn ich von der

